

AKTUELL



Belval sei ein Beispiel dafür, dass auch auf verschmutzten Böden neues Leben entstehen kann, so die Umweltministerin.

BODENSCHUTZ

12.000 Altlasten

Joël Adami

Ein neues Gesetz soll für besseren Bodenschutz sorgen und Sanierungen leichter machen.

Die Diskussionen um eine Joghurtfabrik in Bettemburg und das Google-Datacenter bei Bissen zeigen es: In einem kleinen Land wie Luxemburg ist Boden ein rares Gut. „Es gibt einen hohen Druck auf die Böden“, bestätigte auch die Umweltministerin Carole Dieschbourg am vergangenen Montag, dem 29. Januar, bei der Vorstellung des neuen Bodenschutzgesetzes. Eigentlich hatte die Regierung gehofft, dass die Frage auf europäischer Ebene gelöst würde - da dort aber keine Einigung in Sicht ist, wird nun ein nationales Gesetz auf den Instanzenweg geschickt. Drei Jahre lang habe man sich mit internationalen Expert*innen und unterschiedlichsten nationalen Akteur*innen beraten, bevor das jetzige Projekt stand.

Risikobasierter Ansatz

Ebenso wie das Wasser und die Luft soll nun auch der Boden, der immerhin ein Viertel der Biodiversität beheimatet, geschützt werden. Dies durch einen nationalen Bodenschutzplan und durch eine verbesserte Überwachung der Bodenqualität. Aktuell existiert bereits ein - Ende der 1990er-Jahre erstelltes - Verzeichnis von Altlasten und Bodenverschmutzungen. In ihm sind ungefähr 12.000 Orte aufgelistet, in denen gefährliche Stoffe oder Müll im Boden schlummern. Wie die Situation wirklich aussieht, müssen nach Inkrafttreten des Gesetzes die Gemeinden prüfen. Anschließend wird ein neues Informationsregister erstellt, das dann auch auf Geoportail.lu veröffentlicht wird - aus diesem können alle Interessierten dann ersehen, wo der Boden verschmutzt oder gar verseucht ist.

Die Umweltministerin verspricht sich von dem Gesetz Rechtssicherheit und schnellere Prozeduren. Für jedes Grundstück kann dann ein Bodenkontrollzertifikat erstellt werden, das den Zustand des Bodens beglaubigt. Wie mit Verschmutzungen oder Altlasten umgegangen wird, hängt von der späteren Nutzung ab. „Wir wenden einen risikobasierten Ansatz an. Wenn Wohnhäuser mit Gärten geplant sind, muss anders saniert werden als bei industrieller Verwendung“, so Dieschbourg. Eine genaue Regelung, wer das erwähnte Zertifikat erstellen lassen muss, gibt es jedoch nicht. Käufer*innen von potenziell belasteten Grundstücken hätten ein Interesse daran, nicht die Katze im Sack zu kaufen - eventuell werden die Kosten für eine Begutachtung jedoch auf den Kaufpreis aufgeschlagen. Für die Diagnose eines belasteten Grundstücks sind aber staatliche Zuschüsse in Höhe von bis zu 10.000 Euro vorgesehen.

Altlasten und Verschmutzung von industriell genutzten Böden sind ein Aspekt, aber auch die Flächenversiegelung nimmt rasant zu. Damit ist der Vorgang gemeint, dass Böden asphaltiert oder zubetoniert werden - danach ist kein Austausch zwischen Atmos- und Pedosphäre mehr möglich. Das belastet zwar nicht den Boden an sich, trägt aber zur Erosion, Grundwasserbelastung und anderen Umweltproblemen bei. Maßnahmen, um diese Entwicklung einzudämmen, sieht das neue Gesetz nicht vor. „Ich kann mir vorstellen, dass das Thema in dem nationalen Bodenschutzplan, der alle sechs Jahre erstellt werden muss, behandelt wird.“, so die Ministerin. Sie wolle den Arbeitsgruppen hierzu jedoch keine Vorgaben machen.

SHORT NEWS

Noch mehr Autofestival

(lm) - Zwei E-Car-Fahrer haben auf unseren Artikel „Muss es ein Tesla sein?“ von vergangener Woche reagiert. Beide unterstreichen noch einmal die Vorteile des Antriebstyps, für den sie sich entschieden haben (Details: woxx.eu/7f9j). Der Ausdruck Explosionsmotor wurde ebenfalls auf ihre Anregung hin ersetzt. Für die Zahlenangaben zu den 2017 verkauften Elektroautos gibt es ebenfalls ein Update - Tesla behält aber die Spitzenposition (Details: woxx.eu/7f9j). Dass Diesel und Benzin in Luxemburg billig bleiben sollen, erfuhren wir am vergangenen Freitag am Rande der Pressekonferenz zum dritten Nationalen Klimaplan (siehe „Erfolge und Krücken“, S. 4). Trotz grüner Beteiligung will die Regierung keine Konsequenzen aus der Tanktourismusstudie ziehen - jedenfalls nicht jetzt - soll wohl heißen, so kurz vor den Wahlen (Details: woxx.eu/gofh). Interessant für Autokäufer*innen, die trotzdem auf die Umweltbelastungen achten wollen: Die Umweltberatung Oekotopten.lu hat sich per Kommuniké zu Wort gemeldet, und erklärt ein paar Auswahlkriterien ihrer Autolisten. Außerdem erfährt man mehr über die neuen Messverfahren für Abgase. Anders als der Online-Ratgeber von Oekotopten verfährt das Kommuniké durchaus kritisch mit den Benzin- und noch mehr den Dieselmotoren (Details: <http://woxx.eu/2lip>).

Retards : les CFL face à la grogne

(lc) - Que les changements d'horaires n'ont pas que fait des heureux après la date butoir du 10 décembre dernier n'est pas nouveau, surtout pour celles et ceux qui empruntent le train ou le bus quotidiennement. Pour beaucoup, la situation a d'ailleurs empiré - que ce soient des arrêts plus du tout desservis ou des horaires moins avantageux. S'y ajoute le manque de ponctualité notoire, surtout des CFL. Deux questions similaires (de Sylvie Andrich-Duval et d'Yves Cruchten, respectivement CSV et LSAP) ont été posées au ministre des Transports François Bausch à ce sujet. Celui-ci réplique à chaque fois par les excellentes statistiques (environ 90 % des trains seraient à l'heure, ce qui laisse deux possibilités : soit les CFL lisent les chiffres dans des entrailles de poulet, soit leurs statisticien-ne-s ont fait leurs stages en URSS) qui font rire jaune les usagers-ères quotidien-ne-s. Et de promettre encore plus d'introspection de la part des CFL et une meilleure politique d'information. Cependant, Bausch évite de répondre à la question d'Andrich-Duval concernant le nombre de trains annulés. Mais il est vrai qu'un train qui ne circule pas ne peut pas être en retard non plus...

Vermummungsverbot nicht gerechtfertigt

(tj) - Der Gesetzesentwurf zum Vermummungsverbot hat in seiner aktuellen Form keine Existenzberechtigung. Das geht aus einem am Dienstag vorgestellten Gutachten der konsultativen Menschenrechtskommission (CCDH) hervor. Wie Präsident Gilbert Pregno der Presse gegenüber erklärte, sei es Aufgabe der Regierung, zu belegen, dass Vollverschleierung eine Gefahr für das Zusammenleben in der luxemburgischen Gesellschaft darstelle; und dass darüber hinaus ein Vermummungsverbot der einzige Weg sei, um dieses Problem zu beheben. Erst dann sei die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes gerechtfertigt. Stattdessen sei eine Lösung für ein Problem gesucht worden, das es noch nicht gebe, so Pregno. Die Juristin Deidre Du Bois bedauert, dass im Vorfeld weder Studien zum Thema durchgeführt, noch die Zivilbevölkerung oder betroffene Frauen angehört worden seien. Das Gesetz würde zudem ausschließlich die Frau bestrafen, selbst dann, wenn sie von einem Mann zur Verschleierung gezwungen worden sei. „Dadurch wird ein Symptom angegriffen, Probleme werden allerdings nicht gelöst“, so Du Bois. Im Hinblick auf die Gesichtsvermummung würden die bestehenden „règlements communaux“ zurzeit allemal reichen. Die CCDH geht davon aus, dass in Luxemburg zurzeit 5 bis 10 vollverschleierte Frauen leben.